

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 719

Mittwoch, 23. Dezember 2020

27. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	1
Dokumentarfilm über den Mord an Gerardi und die Reaktionen darauf in Guatemala.....	2
CONGCOOP: Nur 77 % der Gesundheitsausgaben auch für ihre Zwecke ausgegeben worden.....	2
Impfung in Guatemala?.....	3
Immer mehr Regierungsmitglieder stellen ihre Ämter zur Disposition.....	3
Vizepräsident Castillo kritisiert die Nicht-Wahl der Obersten Gerichte durch den Kongress.....	4
Auch nach dem Brand wird Café Rayuela weiterhin Notleidende mit Kaffee versorgen.....	4
Der Wiederaufbau muss gemeinsam mit den BewohnerInnen geschehen.....	4
Petén: Die Q'eqchi-Gemeinden Oxlajuj Oej und Tres Lagunas wurden gewaltsam geräumt.....	5
Die Abgeordnete und bekannte Politikerin Adela Camacho de Torrebiarte ist tot.....	6

Editorial

Wie würde eine Pandemie, die in Ländern mit einer (eigentlich) guten Gesundheitsstruktur wie in Europa zu massiven Engpässen führte, auf ein Land wie Guatemala wirken? Wie sollen jene Menschen einen Lockdown überleben, die im informellen Sektor auf der Straße arbeiten, ohne ausreichende Versicherung oder Sozialleistungen zu erhalten? Sie können nur weiße Fahnen hissen und um Nahrung bitten – die der Staat ihnen aber nicht liefert. COVID-19 hat sich zunächst auf die Hauptstadt und ihr Umland konzentriert, doch wer auf eine aktuelle Landkarte schaut, welche Ampel (rot, gelb, grün im COVID-Ampelsystem) in welcher Region ‚brennt‘, der erkennt, dass die roten Warnlampen im Petén und anderen ländlichen Regionen leuchten. Dort, wo es kaum eine gesundheitliche Versorgung gibt. Bis zum 19.12. wurden insgesamt 131.435 Fälle registriert. 119.748 Personen sind genesen und 4.551 Menschen an bzw. mit COVID-19 gestorben. Die Mortalitätsrate pro 100.000 liegt bei 27,2, ähnlich wie in Deutschland (etwa 30).

In diesen schwierigen Zeiten mit COVID-19 und den verheerenden Stürme Iota und Eta ist sich die guatemaltekeische Politik und Justiz treu geblieben: Der Kongress weigert sich, die RichterInnen für den Obersten Gerichtshof (CSJ) und die Berufungskammern nach den Vorgaben des Verfassungsgerichts zu wählen, um zu verhindern, dass womöglich solche darunter sind, die sich nicht korrumpieren lassen. Der CSJ, diverse PolitikerInnen und ex-Militärs bekämpfen die rechtsstaatlich orientierten RichterInnen des Verfassungsgerichts, ohne aktuell einen endgültigen Sieg davon tragen zu können. Und die Regierung steht vor einer Implosion. Sie wirkt gelähmt. Giammattei ist abgehoben, nur sein Vize scheint noch mit einem Bein in der Realität der Bevölkerung stehen zu haben.

Nun, was das nächste Jahr bringen wird? Nichts Neues unter der blau-weißen Fahne mag man sagen. Aber wie die jüngsten Proteste gezeigt haben, die Menschen werden angesichts von Korruption und Selbstbedienung statt effektiven Hilfen für die Bevölkerung immer ungeduldiger. Wer auch immer tatsächlich das Kongress angezündet hat – aufgebrauchte und gewaltbereite Bürger oder angeheuerte Provokateure – als Symbol für die Wut und Unzufriedenheit taugt es allemal. Die Indigenen, die Studierenden, die Frauen, die Kulturschaffenden - sie bleiben wach und schützen das, was der Rechtsstaat (noch) bietet. Das ist nicht die Wende zum Besseren, aber es ist doch etwas, das Hoffnung gibt.

Die wünschen wir Euch allen mit dieser letzten Ausgabe des Jahres 2020 genauso wie eine schöne Weihnachtszeit!
Möge das kommende Jahr besser sein!

Wir kommen schon am 6. Januar wieder. Und bald darauf versenden wir auch die Abonnementsrechnungen. ☺

Stephan Brües und Theresa Bachmann für die Redaktion, Barbara Müller für den herausgebenden Verein **Fijáte!**

Dokumentarfilm über den Mord an Gerardi und die Reaktionen darauf in Guatemala

Guatemala, 17. Dezember - Guatemala ist erneut in den Mittelpunkt des internationalen Interesses gerückt, nachdem gestern Abend der Dokumentarfilm „Die Kunst des politischen Mordes“ über die Ermordung des Menschenrechtsverteidigers und Bischofs, Juan José Gerardi, auf den Plattformen des US-amerikanischen HBO-Kanals uraufgeführt worden ist. In den sozialen Netzwerken wurden zahlreiche Reaktionen der Bevölkerung sichtbar. Am 26. April 1998, zwei Tage nach der Vorlage des Berichts der Kommission „Wiederherstellung des historischen Gedächtnisses“ (REMHI) über die Gräueltaten der guatemaltekischen Armee während des 36-jährigen bewaffneten Konflikts, wurde der Bischof im Pfarrhaus der Kirche San Sebastián in der Zone 1 von Guatemala-Stadt brutal ermordet. "Er repräsentierte Gerechtigkeit in einem Land, in dem es keine Gerechtigkeit gab", lautete der Slogan zum Film in den sozialen Netzwerken von HBO.

Der von George Clooney und Grant Heslov produzierte Dokumentarfilm basiert auf dem Buch des Schriftstellers Francisco Goldman „Die Kunst des politischen Mordes: Wer hat den Bischof getötet?“, das die Ergebnisse der Ermittlungen zur Aufklärung des Mordes zusammenstellt, die von mehreren MitarbeiterInnen des Menschenrechtsbüros des Erzbischöflichen Bistums durchgeführt wurden. Auch 22 Jahre nach diesem Ereignis fordert das guatemaltekische Volk noch immer Gerechtigkeit für den Bischof und die Opfer des Bürgerkriegs. Im sozialen Netzwerk Twitter sind die Hashtags „#Gerardi“ und „#TheArtofPoliticalMurder“ verbreitet. Die meisten NutzerInnen beklagten die Ermordung und Unterdrückung durch autoritäre Regierungen.

Die Generalsekretärin der Studierendenvereinigung „Oliverio Castañeda de León“ (AEU), Laura Aguilar, sagte: „Monsignore Gerardi ist ein sehr wichtiges Beispiel dafür, wie eine religiöse Gemeinschaft auf der richtigen Seite der Geschichte stehen kann und muss, auf der Suche nach dem Gemeinwohl, auf der Suche nach einem würdigen Leben“.

Neben dem nun verfilmten Buch von Francisco Goldman empfahlen einige Kommentare auch Julie Lopez's Buch „Gerardi: Tod in Gottes Nachbarschaft“, um den Fall Gerardi und die mutmasslichen Verantwortlichen für seine Ermordung zu vertiefen. Es sei darauf hingewiesen, dass der Mord während der Regierung von Álvaro Arzú Irigoyen geschah, dass der Militär Byron Lima Oliva in Verbindung damit gebracht und verurteilt wurde. (...) Für den Dokumentarfilm wurden Archivfotos und Interviews mit den wichtigsten ErmittlerInnen und JournalistInnen, die die Ermordung von Gerardi dokumentiert hatten, gesammelt. Nach den Aufzeichnungen der guatemaltekischen Kommission für historische Aufklärung hat der interne bewaffnete Konflikt mehr als 200.000 Opfer gefordert und 45.000 Menschen sind verschwunden gelassen worden. Darunter etwa 5.000 Jungen und Mädchen. (La Hora)

CONGCOOP: Nur 77 % der Gesundheitsausgaben auch für ihre Zwecke ausgegeben worden

Guatemala, 17. Dezember - Die Koordination von Genossenschaften und NGO's (CONGCOOP) hat einen Bericht über die Umsetzung des Haushaltsplans des Ministeriums für öffentliche Gesundheit und soziale Wohlfahrt (MSPAS) vorgelegt, in dem ausgeführt wird, dass wenige Tage vor Ende des Steuerjahres 2020 am 14. Dezember erst 77% des Haushaltspostens als ausgegeben verbucht worden sind: 7.680.390.000 Q (= 787 Mio. €) von den dem Haushaltsposten zugeteilten fast 10 Mrd. Q (= 1,021 Mrd. €). Nach Angaben der Organisation gefährdet diese Situation die Ausgabe von 2,283 Mrd. Q (= 235 Mio. €), da die Zeit für die Investition dieser Mittel nicht mehr ausreicht.

Hervorhebung einiger Aspekte und Aufmerksamkeit für die Pandemie

CONGCOOP fügte hinzu, dass sogar das Katastrophenvorsorgeprogramm, das speziell für die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie geschaffen wurde, das Jahr mit einer Umsetzungsrate von nur 63% abschliesst, was bedeutet, dass mehr als 500 Mio. Q (= 51 Mio. €) nicht investiert wurden. In dem Bericht schreibt CONGCOOP: „Während des Jahres 2020 war die amtierende Regierung nicht in der Lage, der Schwäche des MSPAS entgegenzuwirken und es zu stärken, um das Recht der guatemaltekischen Bevölkerung auf Gesundheit zu gewährleisten.“

Der Verband stellte weiterhin fest, dass es „aufgrund der mangelhaften Bewältigung der Gesundheitskrise, die durch die COVID-19-Pandemie ausgelöst wurde, zu einer Art Implosion in den Abteilungen des Ministeriums kam. Diese gesundheitliche, politische und wirtschaftliche Notlage hat die öffentlichen Institutionen zur Eindämmung und Milderung der Pandemie hilflos werden lassen und die seit langem existenten strukturellen Schwächen der öffentlichen Gesundheitsdienste offengelegt.“ Die Organisation wies darauf hin, dass das Gesundheitsministerium zwar im Vergleich zu den Vorjahren über mehr Haushaltsmittel verfügt habe, diese aber nicht zur Prävention und Behandlung chronischer und akuter Unterernährung genutzt habe, sondern dass es Mittel gekürzt und „vermeintlich“ umgeschichtet habe, um die Notlage zu bewältigen, die durch die Stürme Eta und Jota verursacht wurden.

Haushaltstechnische Neujustierungen

Nach Angaben der Organisation wurde eine Kürzung von 20 Mio. Q im Gesundheitsinfrastrukturprogramm festgestellt. Am Ende des Jahres ist dieses Programm überhaupt gar nicht umgesetzt worden. Das Programm zur Wiederherstellung der Gesundheit wurde um 400,13 Mio. Q, also um 80% gekürzt, so CONGCOOP. Bei den Programmen zur Krankheitsvorsorge und Gesundheitsförderung, wie z. B. Kindersterblichkeit und chronischer Unterernährung, Mütter- und Neugeborenensterblichkeit, Prävention und Kontrolle von HIV/Aids und Tuberkuloseprävention und -bekämpfung, wurden insgesamt 120,28 Mio. Q (= 12,3 Mio. €) gekürzt. Diese geringe Ausgabebetätigkeit des Gesundheitsministeriums habe

negative Auswirkungen auf die Betreuung von PatientInnen mit COVID-19 und den Schutz des Gesundheitspersonals sowie auf die Betreuung von Patienten mit anderen Krankheiten wie Diabetes, Bluthochdruck, Krebs, Nierenerkrankungen, Tuberkulose, HIV/AIDS oder durch Viren ausgelöste Krankheiten. Dies gilt auch für den Mangel an Infusionen und Medikamenten, den Mangel an Gesundheitspersonal und die schlechte Infrastruktur auf allen Ebenen der Gesundheitsversorgung, vor allem aber in Gesundheitszentren.

Empfehlungen

Nach Ansicht der CONGCOOP sollten bis zum Jahr 2021 die Strategien und Massnahmen verbessert werden, die ein reibungsloses, rechtzeitiges und qualitativ hochwertiges Funktionieren des Netzes der öffentlichen Gesundheitsdienste ermöglichen. Das Gesundheitsministerium müsse unbedingt über die notwendigen Mittel verfügen, um Impfstoffe zu kaufen, die die Immunisierung der gesamten guatemaltekischen Bevölkerung gewährleisten.

Noch keine Antwort des Gesundheitsministeriums

Zu diesem Bericht wurde die Presseabteilung des Gesundheitsministeriums konsultiert, insbesondere was die Gründe für die mangelhafte Ausgabe der Haushaltsmittel für die Betreuung der Guatemaltekinnen und die Mittel für die Nothilfe 14 Tage vor Ende dieses Jahres sind. Eine Rückmeldung von Seiten des Ministeriums wurde in Aussicht gestellt. Bis Redaktionsschluss ging jedoch keine Antwort ein, aber sobald die Redaktion eine erhält, wird sie diese veröffentlichen. (La Hora)

Impfung in Guatemala?

Guatemala, 15. Dezember - Einer der beeindruckendsten Wettläufe der Wissenschaft gegen die Zeit war zweifellos die Suche nach einem wirksamen Corona-Impfstoff. Es war eine Herausforderung, die Laboratorien, Universitäten und Pharmaunternehmen auf der ganzen Welt gemeinsam oder getrennt angegangen sind. Mithilfe digitaler Methoden und beschleunigten klinischen Studien sind aktuell mindestens ein halbes Dutzend Impfstoffe auf dem Markt. (...) Guatemalas ist Teil eines internationalen Abkommens, des so genannten Covax-Mechanismus, das eine bestimmte Anzahl von Anfangsdosen für Länder des Südens vorsieht, um mit der Impfung vorrangig für Hochrisikogruppen wie medizinisches und Krankenhauspersonal des öffentlichen und privaten Sektors, Feuerwehrleute, PolizistInnen, SoldatInnen, ältere Erwachsene und möglicherweise LehrerInnen zu beginnen.

Die Wirksamkeit der Impfungen ist von der Weltgesundheitsorganisation zertifiziert, so dass wissenschaftliche Garantien für Qualität, Unbedenklichkeit und Wirksamkeit gegeben sind. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums und der präsidentialen Kommission für die COVID-19-Nothilfe hat Guatemala einen Vorschuss für einen ersten Kauf von 6,7 Millionen Dosen geleistet, die 3.370.000 Menschen, d.h. 20% der Bevölkerung, verabreicht werden sollen.

Derzeit wird die Anpassung des Haushalts 2021 auf der Grundlage des Ausgabenplans für 2019 diskutiert, der nach der Aussetzung des vom Kongress gebilligten Haushaltsansatzes in Kraft blieb. Es ist dringend erforderlich, dass die Mittel für den Kauf von Impfstoffen eindeutig festgelegt werden, damit das Verfahren so schnell wie möglich in Gang gesetzt werden kann. Die Gesundheitsministerin kündigte an, dass genügend Kühlraum für die Lagerung der Dosen zur Verfügung stehe, dass aber auch die Handhabung transparent organisiert werden müsse.

Die Beschaffung von Impfstoffen durch den Staat schliesst nicht aus, dass andere Impfstoffe auf den privaten Markt gelangen, aber wenn solche Erzeugnisse eingeführt werden, müssen ihre Echtheit und die ordnungsgemässen Lagerbedingungen garantiert und zertifiziert werden. Jedem Risiko von Fälschungen, irreführender Werbung oder Preisspekulationen muss entgegengewirkt werden, damit aus der Hoffnung auf eine Lösung der Pandemie-Krise kein Profit für wenige wird. Gleichzeitig sollte eine Informationskampagne über die Merkmale dieser Form der Vorbeugung eingeleitet werden, zumal diese für Minderjährige noch nicht zugelassen ist. Auch nach der Impfung sind Vorsichtsmassnahmen wie das Tragen einer Maske, das Hände waschen und die Desinfektion weiterhin bedeutsam. (Prensa Libre, Editorial)

Immer mehr Regierungsmitglieder stellen ihre Ämter zur Disposition

Guatemala, 17. Dezember – Aus Kreisen der Exekutive verlautete, dass alle RegierungsbeamtInnen von der vergangenen Woche an ihre Ämter in die Verfügung des Präsidenten, Alejandro Giammattei, gestellt haben, damit dieser die Qualität der Arbeit eines oder einer jeden bewerten kann. Dies bestätigte der Minister für soziale Entwicklung, Raúl Romero: „Wir alle haben die entsprechenden Informationen letzte Woche übergeben, sie wurde von allen MinisterInnen, VizeministerInnen, StaatssekretärInnen und UnterstaatssekretärInnen angefordert. Wir alle haben es geschafft, die Berichte über die Erledigung unserer jeweiligen Aufgaben zu übergeben; kein Rücktritt wurde eingereicht.“ Romero sagte, dass dies eine Prozedur sei, die in jeder Regierung am Ende eines jeden Jahres geschehe, so dass Ende Dezember oder Anfang Januar, bekannt sein werde, ob das Kabinett unverändert bleibt oder ob Amtswechsel notwendig sind.

Francis Masek, Pressesprecher des Präsidentialamtes, äusserte sich ebenfalls zu diesem Thema und erklärte: „Es stimmt nicht, dass Dr. Alejandro Giammattei, Präsident von Guatemala, den Rücktritt irgendeines Kabinettsmitglieds akzeptiert hat.“ (...)

Heute Nachmittag gab es Gerüchte, dass der Präsident bereits den Rücktritt von mindestens zwei Beamten akzeptiert habe. Das wurde ebenso wenig bestätigt wie das Gerücht, dass es im Kabinett von Alejandro Giammattei im nächsten Jahr Veränderungen geben werde. (La Hora)

Vizepräsident Castillo kritisiert die Nicht-Wahl der Obersten Gerichte durch den Kongress

Guatemala, 17. Dezember - Diesen Mittwoch haben die Abgeordneten des Kongresses den Weg für die Wahl von RichterInnen des Obersten Gerichtshofs und der Berufungskammern geebnet, allerdings nach dem Verfahren, das von der Regierungsbündnis eingeführt wurde und das als verspätet und umständlich empfunden wurde. Der Vize-Präsident der Republik, Guillermo Castillo, vertrat die Ansicht, dass es, obwohl er die Unabhängigkeit der Gerichte respektiere, ein Prozess sei, der schon seit langem hätte eingeleitet werden müssen und dass es auch „eine Forderung der BürgerInnen und aller BeamtenInnen sei, dass die RichterInnen endlich gewählt werden“. „Wir warten nun bereits über ein Jahr darauf, und es wäre interessant zu wissen, ob der Wahlprozess in Kürze abgeschlossen sein wird und wann die neuen RichterInnen sowohl des Obersten als auch des Berufungsgerichts ihre Aufgaben übernehmen werden“, so Castillo. Zu der Reihe von Kritikpunkten, die im Zusammenhang mit diesem Verfahren gegeben wurden, sagte der Vizepräsident: „Wir vertrauen darauf, dass es ein transparentes Verfahren geben wird. Das ist, was wir wollen: Dass die besten RichterInnen diese Posten erhalten, denn wir brauchen Rechtssicherheit. Wir reden viel davon, Investitionen ins Land zu holen, aber dieser Stillstand hilft uns nicht weiter, daher wäre es gut zu wissen, dass wir die Gerichte schon bald im Amt haben werden.“

Letztlich interessiert sich der Kongress doch noch für Besetzung der Gerichtshöfe

Bis zu diesem Mittwoch hat der Kongress die ersten Schritte unternommen, um Richter für den CSJ und die Berufungskammern zu wählen, allerdings gemäß der Gesetzesinitiative 14-2020 und nicht so, wie im Urteil des Verfassungsgerichts festgelegt. Das bedeutet, dass nicht zuerst die des CSJ und dann die der Berufungskammern gewählt werden und [für die Rechtsstaatlichkeit noch wichtiger; d.Red.] dass auch nicht die von den sog. Parallelen Kommissionen unter der Hand ausgekungelten KandidatInnen ausgeschlossen werden. Es ist noch nicht bekannt, wann der Kongress eine neue Sitzung anberaumt, in der der Prozess fortgesetzt werden soll, denn gestern war es wegen fehlender Beschlussfähigkeit unmöglich, die Sitzung fortzusetzen. (Prensa Libre)

Auch nach dem Brand wird Café Rayuela weiterhin Notleidende mit Kaffee versorgen

Guatemala, 16. Dezember - Nach einem anstrengenden Wochenende, nach einem Brand, der das Lokal und die Vorrichtungen für die Zubereitung von Speisen zerstört hatte, eröffnete das Café Rayuela sein improvisiertes Café, eine Solidaritätsbewegung, die jedem, der benötigt, eine Tasse Kaffee anbietet (siehe ¡Fijáte! 703). „Heute kehren wir die Asche zusammen, atmen auf und sind dankbar für all die Zuneigung, die wir empfangen haben. Heute kommen wir lebend zurück, und da wir nicht die Hände in den Schoß legen können, servieren wir heißen Kaffee“, heisst es. Das Restaurant arbeitet nicht nur am Wiederaufbau des von den Flammen verzehrten Standorts, sondern unterstützt auch weiterhin diejenigen, die am frühen Morgen nichts zu essen haben.

Am vergangenen Sonntag fand ein Unterstützungskonzert zur Fortsetzung des Wiederaufbaus statt. Viele Restaurants in der Umgebung haben sich mit Rayuela solidarisiert und helfen aus, um dem Café wieder auf die Beine zu helfen. Gegenwärtig wird eine „kollektive Zusammenkunft“ durchgeführt, bei der Künstler verschiedener Disziplinen aufgerufen werden, am 20. Dezember von 10 Uhr morgens bis 22 Uhr abends kulturelle Aktivitäten zu präsentieren und Geld zu sammeln, um den Ort wieder aufzurichten, nachdem das Café Rayuela die von der Krise am stärksten betroffenen Menschen mit Essen versorgen hatte. (Prensa de Guatemala)

Am Donnerstag (10.12., dem Tag der Menschenrechte, d.Red.) hat das Menschenrechtsbüro des Erzbistums (ODHA) entschieden, den ‚Msgr. Juan Gerardi-Menschenrechtspreis 2020‘ unter anderem an Pedro Vásquez zu vergeben, dem Eigentümer des Café Rayuela. Die Nachricht von dem Brand in dem Café und der Verleihung des Menschenpreises wurde in der Presse nur sehr kurz vermerkt, was in der Tat seltsam ist. Seltsam ist auch, wie schnell die Feuerwehrleute, den Tatort verlassen haben, nachdem sie sie es geschafft hatten, die Flammen zu löschen. Und das Ungewöhnlichste und Seltsamste ist der Augenblick, in dem das Feuer ausbrach, wenige Stunden nach der besagten Preisverleihung. (Kolumnist von Prensa Libre)

Der Wiederaufbau muss gemeinsam mit den BewohnerInnen geschehen

Guatemala, 16. Dezember - Die Schäden, die durch die Wirbelstürme Eta und Iota verursacht wurden, sind noch nicht beziffert worden, aber wir können sagen, dass sie weite Landstriche überflutet und dass sie bei Tausenden BäuerInnen im ländlichen Raum Ernteverluste verursacht haben. In einer solchen Situation ist noch nicht abzusehen, wie die Regierung sich konkret die Planung des Wiederaufbaus vorstellen wird.

Vor ein paar Wochen besuchte ich eine Notunterkunft in der Gemeinde Chicamán im nördlichen Departement Quiché und sprach ausführlich mit den Überlebenden. In der Gruppe der Frauen ist die Hauptsorge jene, wo sie wohnen können, da ihre Kinder in überfüllten Unterkünften ausharren mussten und dies bei ihren kleinen Kindern zu Krankheiten

fürte. Ein weiterer Aspekt, den sie erwähnten, war die Frage des Essens, das sie erhielten und das nicht dem traditionellen Essen ihrer Gemeinden entsprach, was sie betrübe. Die Frauen waren besorgt um ihre traditionelle Maya-Kleidung und äußerten, dass sie T-Shirts bekämen und diese unter den gegebenen Umständen tragen müssten.

Im Gespräch mit einer Gruppe von BewohnerInnen der Notunterkünfte drückten diese ihre grosse Trauer darüber aus, dass sie alles verloren hatten, ihr Haus, ihre Mais- und Bohnenernte und ihre Obstbäume. Sie fragten sich: wo sollen wir wohnen? Wo werden wir unseren Mais und unsere Bohnen produzieren? Und sie fragten beharrlich: Wird die Regierung uns unterstützen? Wie wird uns die Regierung unterstützen?

In den Gesprächen fragte ich, wie sie sich ihre Unterstützung wünschten. Die erste einmütige Reaktion der betroffenen Menschen war, dass alle ein Grundstück und Unterstützung für den Bau ihres Hauses wollten, aber dass das Grundstück nicht mehr an einem risikoreichen Ort sein sollte, weil die Erfahrungen, die sie nun hatten machen müssen, sie „verängstigten“. Sie seien nur durch ein Wunder noch am Leben. Zweitens wünschten sie sich, dass die Regierung ihnen genügend Land kauft, um ihre Nahrungsmittel produzieren zu können, und dass sie die notwendige Unterstützung bietet, um ihr Land produktiver zu machen. Eine weitere Gruppe von Menschen, darunter auch VertreterInnen der Gemeindeverwaltung, äusserte den Wunsch, dass die Regierung ihnen auf eine flexible, transparente und unbürokratische Weise mit Maschinen helfen möge, um die Zufahrtswege zu ihren Gemeinden wiederherzustellen und sicherzustellen, dass Hilfe zu den Betroffenen gelangt. Auch solle der Bau neuer Landstrassen geprüft werden, um die Rechte der Gemeinschaften auf Gesundheit, Bildung und Ernährung zu gewährleisten.

Ich habe auch den benachbarten Landkreis Nebaj besucht und einige GemeindeführerInnen haben gesagt, dass die Landstrassen, die in mehreren Regionen zerstört wurden, schlecht gebaut worden waren. Ihr Bau geschah in der Zeit des internen bewaffneten Konflikts und wurde nach einer Logik der Aufstandsbekämpfung und nicht nach einer Vision der ländlichen Entwicklung konzipiert. Sie hoffen, dass die Regierung ihrer Stimme und ihren Vorschlägen Gehör schenken möge und dass ein Wiederaufbau mit einer Vision der Veränderung vorantreiben werde, um das Wohlergehen der Menschen zu gewährleisten.

Der Wiederaufbau des Landes muss eine Gelegenheit sein, die betroffenen Gemeinschaften in einen Konsultations- und Beteiligungsprozess einzubinden, der Arbeitsplätze im ländlichen Raum schafft und vor allem den Gemeinschaften Chancen auf ein besseres Leben bietet. Die Regierung muss auf die Menschen hören. (Jorge Morales Toj, La Hora)

Petén: Die Q'eqchi-Gemeinden Oxlajuj Qej und Tres Lagunas wurden gewaltsam geräumt

Tres Lagunas, Peten, 14. Dezember - Im Peten wurden am 9. und 10. Dezember 200 Q'eqchi-Familien in der Gemeinde Tres Lagunas von der Polizei geräumt und deren Häuser niedergebrannt. Laut ZeugInnen wurden die Vorschriften für die Durchführung von Räumungen nicht eingehalten.

Eine Gruppe von Einheiten der Nationalen Zivilpolizei (PNC) hat die Häuser von etwa 200 Q'eqchi-Familien der Gemeinde Tres Lagunas in Brand gesetzt, wie der Anwalt Juan Carlos Peláez am Telefon beschrieb. Peláez erzählte, dass er seit drei Jahren die Gemeinden begleitet habe und diesen Einsatz für die Zwangsumgesiedelten in Sayaxché fortsetzen werde. Nach Angaben der Gemeinde brannte die Polizei während der Räumung Häuser nieder, stahl Tiere, Kleidung, landwirtschaftliche Geräte, riss das Saatgut aus und verhaftete drei Personen, Angehörige der indigenen Gemeinden von Oxlajuj Qej und Tres Lagunas.

Der Mitarbeiter des Ombudsmanns für Menschenrechte (PDH) in La Libertad, Petén, Diego Gonzáles, erzählte hingegen anderes als die von der Räumung Betroffenen: So sei die Räumung vorschriftsgemäss durchgeführt worden, was sie während der zwei Tage vor Ort beobachtet hätten. Laut der Mitteilung der Justizbehörde (OJ) an das PDH gehört die Finca el Zapotal, auf der die Räumung durchgeführt wurde, der Investmentgesellschaft SOLUNIN AG. Laut dem Portal von Guatecompras hat das Unternehmen als wirtschaftliche Tätigkeit die Unternehmensberatung im Bereich des Managements angegeben. Sein gesetzlicher Vertreter ist Luís Arturo Ramírez Melgar. Ramírez Melgar ist auch der gesetzliche Vertreter der Hidroeléctrica El Brote AG, die in der Gemeinde Chicacao, Suchitepéquez, tätig ist.

Die Beobachtungen des PDH

Diego Gonzáles von der PDH sagte, „dass die Richterin Claudia Marleny Ortiz Portillo vom Gericht in Sayaxché die Räumung angeordnet hat. Der Befehl wurde am 28. Oktober erlassen, aber weil die Logistik nicht geplant war, wurde sie nicht sofort ausgeführt.“ Im Gegensatz zu den Aussagen der vertriebenen Personen, fügte Gonzáles hinzu, dass „die Räumung am 9. und 10. Dezember stattfand, dass aber die Rechte der Gemeinde geschützt wurden, weil wir als PDH beide Tage darauf geachtet haben, dass alles nach Vorschrift durchgeführt wurde. Es ist daher nicht richtig, dass die Vorschriften bei der Räumung verletzt wurden.“ Zu den Videos, die in sozialen Netzwerken verbreitet wurden und die das Abbrennen der Häuser der Gemeinde während der Räumung zeigen, sagte Gonzáles: „Nachdem die Richterin das Grundstück dem rechtmässigen Eigentümer übergeben hat, hat der Eigentümer dann alle Häuser in Brand gesetzt, aber wir bestätigen, dass die Häuser, die sich an diesem Ort befanden, kein Eigentum der Gemeinschaft war.“ *[Auf der Webseite von Prensa Comunitaria waren zwei Videos zu sehen: Das eine zeigte brennende Hütten aus einigen Metern Entfernung, das andere die fünfminütige Zeugenaussage eines Mannes, der die Asche seines Hauses filmte und beklagte,*

dass sein ganzes Hab und Gut verbrannt sei und seine Frau und ihr kleines Kind verschwunden. Wer die Hütten niedergebrannt hat, war nicht zu sehen, ebenso wenig die Polizei oder andere Sicherheitskräfte, d.Red.]

Verhaftungen bei der Räumung

In einem Telefoninterview sagte Edwin Monroy, Sprecher der PNC, dass während der Räumung Héctor Coy Ich, 40 Jahre alt, Juan Leonardo Rosales Sagastume, 57 Jahre alt und Martin Xol Coc, 28 Jahre alt, verhaftet worden seien. Sie werden beschuldigt, sich Privatbesitz angeeignet zu haben. Monroy bemerkte: „Nachdem der Dialog mit den Besitzern der Finca Zapotal stattgefunden hatte, widersetzten sich die Gemeinde der Durchführung der von der Richterin angeordneten Räumung und verletzten durch das Werfen von Steinen und dem Einsatz von Stöcken die körperliche Unversehrtheit des anwesenden Sicherheitspersonals und der PolizistInnen, die den Ort bewachten.“

Eine Anordnung ohne Unterschrift

Auf einem Blatt, auf dem nur der Stempel der OJ zu sehen ist, steht: „Hiermit werden sie benachrichtigt und aufgefordert, freiwillig den Ort, an dem sie ihre Häuser gebaut haben, zu räumen, wie es die Entscheidung des Gerichts erster Instanz für Drogen- und Umweltkriminalität vom 30. September 2020 in La Libertad, Departement Petén anordnet.“ Im Telefongespräch sagte der Anwalt Juan Peláez: „Das ordnungsgemäße Verfahren wurde nicht eingehalten, die Gemeinde hat nie von der Räumung erfahren oder wer den Befehl ausgestellt hat. Das vorgelegte Papier hat weder Stempel [das ist nicht korrekt, d.Red.] noch Unterschrift. Solche Anordnungen müssen unterschrieben werden, um eine spätere Verteidigung möglich zu machen. Die nächste verfügbare Richterin, die für einen Rechtsakt herangezogen werden kann, reicht dazu nicht aus.“ Peláez beklagte, dass inmitten der Gesundheitskrise und kurz nach den Tropenstürmen Eta und Iota die Häuser der Gemeinde verwüstet wurden. An genau dem Tag (10.12.), an dem die Menschenrechte gefeiert werden sollten, wurden erneut die Menschenrechte der ärmsten GuatemaltekinInnen verletzt. Der Anwalt Peláez schloss mit den Worten, dass er den Fall weiterverfolgen und eine Beschwerde gegen den Staat Guatemala wegen der Menschenrechtsverletzungen während der Räumung einreichen werde. (Prensa Comunitaria)

Die Abgeordnete und bekannte Politikerin Adela Camacho de Torrebiarte ist tot

Guatemala, 16. Dezember - Die Abgeordnete Adela Ana María del Rosario Camacho Sinibaldi de Torrebiarte ist tot. Die 71-jährige wurde über die nationale Liste der Partei für Engagement, Erneuerung und Ordnung (CREO) in den Kongress gewählt. Rodolfo Neutze, Parteichef von CREO, hat den Tod der Parlamentarierin am Mittwoch bestätigt. Weitere Details sind nicht bekannt. „Das ist ein Verlust für Guatemala. Sie verkörpert ein Beispiel dafür, wie ein Mensch sein sollte, der sein bequemes Privatleben . . . opfert und in den Dienst seines Landes stellt“, sagte Neutze. „Guatemala spürt es, in der Politik, im Sport, in der Wohltätigkeit und in allem, was sie tat. Ein großer Verlust für seine Familie“, fügte er hinzu.

Adela de Torrebiarte war eine anerkannte Figur in der Zivilgesellschaft, sowohl wegen ihres Engagements als Sportfunktionärin als auch wegen ihres politischen Engagements. Sie war Innenministerin während der Regierung von Oscar Berger und der Großen Nationalen Allianz, in den Jahren 2007 und 2008. Sie wurde auch in der Regierung der Patriotischen Partei unter Otto Perez Molina zur Kommissarin für die Polizeireform ernannt (...) Sie war Mitbegründerin und Aktivistin der Vereinigung Madres Angustiadas [die sich um Opfer von Gewalt und Kriminalität kümmert, d.Red.]. 2010 gründete sie die Partei Acción de Desarrollo Nacional, für die sie 2011 für die Präsidentschaft von Guatemala kandidierte. Zuletzt gehörte sie CREO an. Ihr Kongresssitz wird nun von José Alberto Nájera Rivera besetzt. (Prensa Libre) *Wir haben sie hier gewürdigt, weil sie zwar politisch rechtsliberal war, aber unbestechlich und kompetent, d.Red.*

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>
www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnent: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnent 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6